

Berlin, 06. Juni 2011



Gemeinsamer Beschluss des Bundesvorstands und des Parteirats

Zeit für einen grünen Energiekonsens

Seit ihrer Gründung kämpfen die GRÜNEN für den Ausstieg aus der Atomenergie. Dass wir dieses Thema endlich loswerden, dafür streiten wir seit über 30 Jahren – gemeinsam mit den Anti-Atom-Initiativen, der Umweltbewegung und vielen zehntausenden Menschen - in Parlamenten, auf der Straße wie in Regierungen.

2001 haben wir in Deutschland die grüne Energiewende mit dem Gesetz zur geordneten Beendigung der Atomenergie, dem Erneuerbaren Energien Gesetz und dem Emissionshandel auf den Weg gebracht. Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energiesparen – das sind die Eckpunkte der grünen Energiewende.

Wenn US-Präsident Barack Obama heute die deutsche Energiepolitik als vorbildlich lobt, weil sie „kreative Wege gefunden hat, wie sie in einer sich rapide verändernden Weltwirtschaft wachsen kann - mit einem Schwerpunkt auf 'grünen Jobs'“, dann hat die grüne Energiewende dafür den Rahmen geschaffen.

Seit 2001 bekämpfen CDU, CSU und FDP diese grüne Energiewende. Sie waren bis in dieses Jahrzehnt gegen das EEG, das 370 000 Arbeitsplätze schuf und Deutschland zu dem Vorreiterland für Erneuerbare machte. Sie haben Fackelzüge gegen den Emissionshandel veranstaltet. Dort wo sie regierten, haben sie Erneuerbare Energien bürokratisch schikaniert und blockiert. Sie haben angekündigt, die Laufzeiten zu verlängern und so die Energiekonzerne angestiftet, den Atomkonsens einseitig zu kündigen. Und erst im letzten Jahr, im „Herbst der Entscheidungen“, hat Angela Merkel den Atomkraftwerken erlauben wollen, noch viele Jahrzehnte hochgiftigen Atommüll zu produzieren.

Fukushima hat die ganze Bodenlosigkeit dieser Haltung offenbart, die uns seit Jahrzehnten weismachen will, Atomkraft stehe für eine sichere und verlässliche Energieversorgung. Hunderttausende auf den Straßen, die Erkenntnis, dass das *Restrisiko* Kernschmelze gleich in drei Reaktoren parallel Realität geworden ist, haben Frau Merkel zu einer Kehrtwende gezwungen.

Die Chance für einen Energiekonsens nutzen

Heute besteht die Chance auf einen Energiekonsens. Von der Mehrheit der Bevölkerung bis zu allen Ministerpräsidenten gibt es einen Konsens in Deutschland zur schnellen Beendigung der Nutzung der Atomenergie, zum beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien und der Schaffung der dafür notwendigen Infrastruktur. Nicht zuletzt der Bericht der Ethikkommission unterstreicht das. Erst an diesem Wochenende hat der evangelische Kirchentag einen schnellen und endgültigen Ausstieg gefordert.

Doch bei der Umsetzung dieses Konsenses agiert Schwarz-Gelb widersprüchlich und inkonsistent. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben zu Recht die ersten Eckpunkte von Schwarz-Gelb zu einem Ausstieg zurückgewiesen. Das vorgesehene Ende der Nutzung der Atomenergie Ende 2022 hätte nicht zur stufenweisen Beendigung der Atomenergie geführt, sondern zu einem zehnjährigen Moratorium des Ausstiegs.

Der beschleunigte Zubau fossiler Kraftwerke kann in der Realität auf einen Ersatz von Atom durch Kohle hinauslaufen. Dies würde den Konflikt zwischen Erneuerbaren Energien und unflexibler Grundlast weiter verschärfen. Hinzu kam der Deckel für den Ausbau Erneuerbarer Energien über die Umlagebegrenzung auf 3,5 Cent und die Bremsen für den Ausbau von On-shore-Windenergie. Wir haben die Kanzlerin zu Änderungen dieser Eckpunkte aufgefordert.

Wie weit sich die Koalition vom gesellschaftlichen Grundkonsens in Deutschland entfernt hat, offenbarte sich, als sie durch ein einstimmiges Votum der Ministerpräsidenten ihre Eckpunkte deutlich verändern musste. Unter wesentlicher Beteiligung des grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann musste die Bundeskanzlerin einem Stufenplan für die Stilllegung der Atomkraftwerke und besseren Wettbewerbsbedingungen für Windkraft zustimmen und konnte sich einer Öffnung in der Endlagerpolitik nicht länger verweigern.

Nach 10 Jahren bewegt sich Schwarz-Gelb nun endlich in der Atomfrage auf die Grüne Energiewende von 2001 zu. Dieses ist ein großer Erfolg unseres Kampfes über viele Jahrzehnte, zuletzt zusammen mit Hunderttausenden gegen die Laufzeitverlängerung.

Wenn Deutschland in einem breiten Konsens aus der Atomenergie aussteigt und in das Zeitalter der Erneuerbaren eintritt, dann macht dies die grüne Energiewende schwerer umkehrbar. Eine solche gesellschaftliche Verständigung stärkt die internationale Vorreiterrolle Deutschlands. Es schafft stabile Rahmenbedingungen sowie Investitions- und Versorgungssicherheit. Für uns ist es eine wichtige Frage, dass die Strompreise sowohl für Privathaushalte als auch für die Industrie zahlbar bleiben.

Die Energiewende ist allerdings noch nicht geschafft. Sie wird es nur mit starken GRÜNEN geben.

Eckpunkte für den Konsens

Noch handelt es sich bei den Vereinbarungen um Eckpunkte, Absichten und Ziele. Wir werden die heute vorgelegten Gesetzentwürfe der Koalition sorgfältig darauf prüfen, ob sie diese Absichten und Ziele auch umsetzen oder konterkarieren.

Für uns ist klar, dass ein Atomausstieg bis zum Jahre 2017 technisch, rechtlich, wirtschaftlich und energiepolitisch seriös umzusetzen ist. Aber wir haben die Bereitschaft signalisiert, auch über unsere Eckpunkt zu sprechen, wenn der Atomausstieg endgültig durchgesetzt wird. Wir erwarten in den Gesetzesberatungen in Bundestag und Bundesrat von der Koalition auch die Bereitschaft, Veränderungen und Verbesserungen ihrer Eckpunkte umzusetzen. Wer einen breiten gesellschaftlichen Konsens zum Atomausstieg will, muss auch weitere gesellschaftliche Akteure, wie die Umweltverbände und die Antiatomkraftbewegung, einbeziehen. Das wird den entscheidenden Unterschied zwischen politischen Mehrheiten im Parlament und gesellschaftlichen Mehrheiten für einen Konsens ausmachen.

Wir lassen uns bei unseren Anträgen und bei der abschließenden Haltung von jenen Eckpunkten leiten, mit denen wir in die Gespräche mit der Koalition gegangen sind:

- Der Ausstieg muss durch eine schrittweise und rechtssichere Abschaltung der Atomkraftwerke erfolgen, mit einem festen Abschaltdatum für jedes Atomkraftwerk.
- Der Ausbau von Erneuerbaren Energien und von flexiblen Gaskraftwerken muss forciert und darf nicht gedeckelt werden.
- Atom darf nicht durch zusätzliche Kohle ersetzt und der Klimaschutz nicht aufgeweicht werden.
- Wir brauchen eine Grundverständigung über den Umgang mit dem Atommüll. Dafür muss bundesweit ergebnisoffen und vergleichend nach dem bestmöglichen Endlagerstandort gesucht werden und die einseitige Vorfestlegung auf Gorleben muss aufgegeben werden.

Nach der Erfahrung von Fukushima muss ein Atomausstieg gegenüber dem bereits einmal mit den Betreibern im Konsens beschlossenen Ausstieg einen zusätzlichen Mehrwert und Nutzen haben. So muss es bis zum endgültigen Ausstieg auch ein Mehr und kein Weniger an Sicherheit bei den Atomanlagen geben. Das neue Kerntechnische Regelwerk muss in Kraft gesetzt werden.

25 Jahre seit Tschernobyl, im Jahr von Fukushima, zehn Jahre nach dem Ausstiegsbeschluss ist es Zeit.

Es ist Zeit für einen grünen Energiekonsens. Der Kampf der Pro-Atomparteien ist zu Ende.

Einstimmiger Beschluss im Bundesvorstand

Einstimmiger Beschluss bei einer Enthaltung im Parteirat